

Klima und Krieg

Der Pariser Gipfel als Friedenskonferenz

Von **Michael T. Klare**

Das Gipfeltreffen, zu dem sich Delegationen aus fast 200 Staaten Ende November in Paris versammeln, gilt als die wichtigste Klimakonferenz aller Zeiten. Offiziell firmiert es als COP21, als die 21. Konferenz der Teilnehmerstaaten der UN-Rahmenkonvention zum Klimawandel (des Vertrages von 1992 also, der eben diesen Klimawandel als Bedrohung des Planeten und des Überlebens der Menschheit kennzeichnet). Im Zentrum der Pariser Beratungen stehen Maßnahmen, die die Erderwärmung unter die Katastrophenschwelle drücken sollen. Gelingt dies nicht, so werden die Temperaturen wahrscheinlich um mehr als 2 Grad Celsius ansteigen und das Höchstmaß dessen überschreiten, was die Erde nach Auffassung der meisten Wissenschaftler noch ohne irreversible Klimaschocks mit großer Hitzeentwicklung und einem wesentlichen Anstieg der Meeresspiegel aushalten könnte.

Misslingt die Begrenzung der CO₂-Emissionen, steht eine weitere Katastrophe, von der allerdings weitaus weniger die Rede ist, ebenso fest: Auf lange Sicht würde das Versagen nicht nur Klimaschocks bewirken, sondern auch weltweit Instabilität, Aufruhr und Kriege. So gesehen sollte COP21 nicht lediglich als Klimagipfel, sondern als Friedenskonferenz aufgefasst werden – die wahrscheinlich wichtigste Friedenskonferenz der Geschichte.

Warum das so ist, zeigen die jüngsten wissenschaftlichen Erkenntnisse über mutmaßliche Auswirkungen der Erderwärmung, insbesondere der Bericht des Weltklimarats (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) von 2014. Bei seiner Veröffentlichung stürzten sich die Medien weltweit vor allem auf die Voraussage, ein ungebremster Fortgang des Klimawandels werde schwere Dürreschäden, starke Stürme, drückende Hitzewellen, ständige Missernten und die Überflutung von Küstengebieten verursachen, was Tod und Leid mit sich bringe. Zuletzt haben Vorgänge wie die verheerende Dürre in Kalifornien oder schlimme Hitzewellen in Europa und Asien solchen Auswirkungen besondere Aufmerksamkeit verschafft.

Dem IPCC-Report ist allerdings auch zu entnehmen, dass die Erderwärmung ebenso verheerende Auswirkungen sozialer und politischer Art mit sich bringen werde, darunter wirtschaftlichen Niedergang, Staatszerfall, bürgerkriegsartige Zustände, massive Migrationsbewegungen und früher oder später Ressourcenkriege. Diese Voraussagen haben viel weniger Beachtung gefunden, obwohl doch die Möglichkeit, dass sie sich bewahr-

heiten, auf der Hand liegt, da menschliche Institutionen – ganz wie Natursysteme – durch den Klimawandel verwundbar sind. Volkswirtschaften nehmen Schaden, wenn wichtige Güter wie Getreide und Gemüse, Holz, Fisch oder Viehbestände knapper oder vernichtet werden oder gänzlich ausfallen. Gesellschaften werden unter dem Druck wirtschaftlichen Niedergangs und massiver Flüchtlingsströme zu zerfallen beginnen. Bewaffnete Konflikte wären wohl nicht die unmittelbarste Konsequenz solcher Entwicklungen, schreibt das IPCC. Doch wenn die Auswirkungen des Klimawandels auf bereits heute drückende Probleme treffen – Armut, Hunger, Ressourcenknappheit, inkompetente und korrupte Regierungen sowie ethnische, religiöse oder nationale Ressentiments –, folgen ziemlich sicher bittere Streitigkeiten um den Zugang zu Nahrungsmitteln, Wasser, Boden und anderen Lebensnotwendigkeiten.

Die Gefahr klimabedingter Bürgerkriege

Solche Kriege entstünden nicht im luftleeren Raum. Bereits bestehende Spannungen und Missstände würden sich verschärfen und zweifellos durch provokative Handlungen und Parolen demagogischer Politiker zur Explosion gebracht werden. Man denke an den derzeitigen Gewaltausbruch in Israel und den Palästinensergebieten, ausgelöst durch Streitigkeiten über den Zugang zum Jerusalemer Tempelberg, einem Heiligtum zweier Religionen, und die aufwiegende Rhetorik diverser politischer Führer. Kombiniert man derartige Situationen mit Wirtschafts- und Versorgungsnot, so hat man das perfekte Rezept für Krieg. Lebensnotwendige Güter sind auf diesem Planeten schon jetzt ungleich verteilt. Die Kluft zwischen den angemessen Versorgten und den Benachteiligten entspricht häufig dem Verlauf historischer Spaltungslinien rassischer, ethnischer, religiöser oder sprachlicher Art. So hegen beispielsweise Israelis und Palästinenser tiefsitzende ethnische und religiöse Animositäten, erleben aber auch tagtäglich gewaltige Unterschiede, was ihre Möglichkeiten betrifft, den Bedarf an Wasser und Bau- oder Ackerland zu decken. Fügt man derartigen Konfliktlagen noch die Belastungen durch beschleunigten Klimawandel hinzu, werden die Leidenchaften absehbar überkochen.

Der Klimawandel wird viele der natürlichen Systeme, von denen das Überleben der Menschen abhängt und die oft schon jetzt stark unter Druck stehen, schädigen oder völlig zerstören. Manche Gebiete, in denen es heute Ackerbau oder Viehwirtschaft gibt, könnten unbewohnbar werden oder nur noch stark verringerte Populationen ernähren. Unter dem Druck des Temperaturanstiegs und immer schlimmerer Dürreperioden verwandelt sich beispielsweise der südliche Rand der Sahara gegenwärtig von einem Weideland, das die Existenz nomadischer Hirten sichert, zu einer leeren Brache. Daher sehen sich die dortigen Nomaden gezwungen, ihre angestammte Heimat zu verlassen. Vielen Agrargebieten in Afrika, Asien sowie in Nah- und Mittelost wird es ähnlich ergehen. Flüsse, die einmal ganzjährig für Wasser sorgten,

werden nur noch sporadisch fließen oder gänzlich austrocknen, was dann ganze Bevölkerungen vor unerträgliche Entscheidungen stellt.

Wie der IPCC-Report betont, werden – oftmals schwache – staatliche Institutionen unter enormen Handlungsdruck geraten, sich auf den Klimawandel einzustellen und jene zu unterstützen, die verzweifelt nach Nahrungshilfe, Obdach und anderen Lebensnotwendigkeiten verlangen. „Die wachsende Unsicherheit der Menschen könnte“, wie es in dem Bericht heißt, „zusammentreffen mit der stark abnehmenden Fähigkeit von Staaten, wirksame Anpassungsmaßnahmen zu ergreifen, und so zu Situationen führen, in denen die Möglichkeit gewaltsamer Konfliktaustragung steigt.“¹

Syrien als Exempel

Ein anschauliches Beispiel dieser Gefahr liefert der Ausbruch des Bürgerkriegs in Syrien, der dieses Land in einen Kampf aller gegen alle stürzte und eine Flüchtlingswelle auslöste, wie es sie in diesem Ausmaß seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gab. Zwischen 2006 und 2010 hatte Syrien eine verheerende Dürreperiode erlitten, bei der, wie man annimmt, der Klimawandel eine Rolle spielte. Fast 60 Prozent des Landes verwandelten sich in Wüste. Ernteausfälle und der Verlust des größten Teils der Nutztierbestände waren die Folge und trieben Millionen Bauern in den Ruin. Weil sie in ihren Heimatgebieten nicht länger existieren konnten, flüchteten sie verzweifelt in die großen Städte des Landes, um dort Arbeit zu suchen. Dabei gerieten sie oft in extreme Not und hatten gleichzeitig unter der Feindseligkeit gut vernetzter städtischer Eliten zu leiden. Hätte Baschar al-Assad, der syrische Autokrat, mit einem Nothilfeprogramm zur Beschäftigung und Unterbringung der Dürreflüchtlinge reagiert, wäre der Konflikt vielleicht vermeidbar gewesen. Stattdessen kürzte er jedoch die Subventionen für Lebensmittel und Brennstoffe, was die Not der Migranten verschärfte und die Flammen der Revolte entfachte. Eine Reihe bekannter Wissenschaftler ist der Auffassung, dass „die rapide Ausdehnung der städtischen Peripherien Syriens, geprägt von illegalen Ansiedlungen, Überbevölkerung, schlechter Infrastruktur, Arbeitslosigkeit und Kriminalität, durch Assads Regierung vernachlässigt wurde und so zum Schlüsselfaktor der aufkommenden Unruhen geriet.“²

Ein ähnliches Bild bietet die bereits erwähnte Sahelzone in Afrika, also der südliche Rand der Sahara, wo die Dürre in Verbindung mit dem Bevölkerungsrückgang und der Vernachlässigung durch den Staat bewaffnete Auseinandersetzungen provoziert hat. Zwar gab es dort auch früher immer wieder Dürreperioden, aber infolge des Klimawandels werden die Abstände zwischen ihnen immer kürzer. „Statt wie früher im Zehnjahresabstand folgen sie im Abstand von fünf und mittlerweile noch weniger Jahren auf-

1 IPCC, *Climate Change 2014: Impacts, Adaptions and Vulnerability*. Cambridge und New York, S. 755-791.

2 Colin P. Kelleya et al., *Climate change in the Fertile Crescent and implications of the recent Syrian drought*, in: „PNAS“, März 2015, S. 3241-3246, hier: S. 3242.

einander“, konstatiert Robert Piper, der UN-Koordinator für humanitäre Angelegenheiten in der Sahelregion. „Dies wiederum setzt eine schon jetzt unglaublich fragile Umwelt und eine hochgradig gefährdete Bevölkerung enormen Belastungen aus.“³

In Mali, einem der Staaten in dieser Region, traf es besonders die nomadischen Tuareg, als die Weidegebiete, von denen die Ernährung ihres Viehs abhängt, sich in Wüste zu verwandeln begannen. Die Tuareg sind eine berbersprachige Bevölkerungsgruppe muslimischen Glaubens, die von der Zentralregierung in Bamako lange feindselig behandelt wurden. In der Hauptstadt dominierten einst die Franzosen, heute geben dort christliche oder animistische Schwarzafrikaner den Ton an. Angesichts der Bedrohung ihrer traditionellen Lebensgrundlagen und der mangelhaften Unterstützung seitens der Regierung revoltierten die Tuareg im Januar 2012. Sie eroberten halb Mali, bevor sie von französischen und anderen ausländischen Streitkräften (mit logistischer und geheimdienstlicher Unterstützung der USA) in die Sahara zurückgetrieben wurden.

Die Ereignisse in Syrien und Mali geben einen Vorgeschmack auf das, was im weiteren Verlauf dieses Jahrhunderts wahrscheinlich in erheblich größerem Ausmaß geschehen wird. Denn intensiviert sich der Klimawandel, bringt dies nicht nur beschleunigte Wüstenbildung mit sich, sondern auch die Bedrohung tiefliegender Küstengebiete durch ansteigende Meeresspiegel, ebenso wie verheerende Hitzewellen in Gebieten, die heute schon heiß sind. Damit wird die Bewohnbarkeit immer weiterer Teile des Planeten abnehmen und Millionen von Menschen werden verzweifelt fliehen.

Die stärksten und reichsten Staaten, insbesondere in den gemäßigteren Klimazonen, dürften mit diesen Belastungen besser zurecht kommen. Hingegen wird die Zahl der gescheiterten Staaten wohl dramatisch anwachsen, was zu gewaltsamen Auseinandersetzungen und regelrechten Kriegen um die verbleibenden Nahrungsquellen, landwirtschaftlich nutzbaren Böden und bewohnbaren Flächen führen wird. Große Teile des Planeten könnten also in Zustände wie jene geraten, die wir heute in Libyen, Syrien und dem Jemen vorfinden. Manche Leute werden bleiben und um ihr Überleben kämpfen; andere werden abwandern und so gut wie sicher auf wesentlich gewaltzamere Formen jener Feindseligkeit stoßen, die Einwanderern und Flüchtlingen in ihren Zielländern heute schon entgegenschlägt. Somit würde es unausweichlich zu einer weltweiten Epidemie von Bürgerkriegen und anderen gewalttätigen Auseinandersetzungen um Ressourcen kommen.

Kriege um Wasser

Die meisten dieser Konflikte werden innergesellschaftlicher Natur sein, bürgerkriegsartig, Clan gegen Clan, Stamm gegen Stamm, Sekte gegen Sekte. Doch auf einem von Klimakatastrophen heimgesuchten Planeten sind auch

3 Zit. nach: How Could A Drought Spark A Civil War?, National Public Radio, 8.9.2013.

zwischenstaatliche Kämpfe um schrumpfende Lebensgrundlagen nicht auszuschließen – insbesondere um Wasser. Schon heute steht fest, dass der Klimawandel die Wasserversorgung vieler tropischer und subtropischer Regionen reduzieren und damit eine geregelte Landwirtschaft, die Gesundheit und die Funktionsfähigkeit großer Städte – möglicherweise ganzer Gesellschaften – in Frage stellen wird.

„Wasserkriege“ drohen, wenn die Wasserversorgung zweier oder mehrerer Länder von ein und derselben Quelle abhängt – dem Nil, dem Jordan, dem Euphrat, dem Indus, dem Mekong oder von anderen grenzüberschreitenden Flusssystemen – und wenn eines (oder mehrere) dieser Länder sich einen unverhältnismäßig großen Anteil am immer weniger werdenden Flusswasser anzueignen versucht. Schon bisher haben die Bestrebungen einiger Länder, Dämme zu bauen und Wasserläufe umzuleiten, Auseinandersetzungen, ja sogar Kriegsdrohungen provoziert, etwa als die Türkei und Syrien Euphratdämme errichteten und so die stromabwärts abfließenden Wassermengen einzuschränken drohten.

Besonders besorgniserregend ist in dieser Hinsicht die Situation am Brahmaputra, einem in China (dort unter dem Namen Yarlung Tsangpo) entspringenden Fluss, der durch Indien und Bangladesch fließt, um schließlich in den Indischen Ozean zu münden. China hat schon einen Dammbau an diesem Fluss errichtet und plant weitere, was in Indien, wo das Brahmaputra-Wasser für die Landwirtschaft entscheidend wichtig ist, für beträchtliche Unruhe sorgt. Besonders alarmierend wirkt dort ein chinesischer Plan, Wasser aus diesem Fluss in wasserarme Gebiete Nordchinas abzuleiten.

Zwar erklären die Chinesen, dergleichen sei gegenwärtig nicht vorgesehen, doch weiter ansteigende Temperaturen und zunehmende Trockenheit könnten in Zukunft durchaus zur Realisierung des Vorhabens führen. Das würde Indiens Wasserversorgung gefährden und womöglich einen Konflikt provozieren. „Chinas Dammbauten und der Vorschlag, Brahmaputra-Wasser umzuleiten, lassen nicht nur Rückwirkungen auf Wasserversorgung, Landwirtschaft, Ökologie sowie Leben und Existenzgrundlagen flussabwärts erwarten“, schreibt Sudha Ramachandran in „The Diplomat“, „daraus könnte eine weitere Streitfrage erwachsen, die die chinesisch-indischen Beziehungen untergräbt.“⁴

Natürlich müssen selbst derartige Situationen nicht per se zu bewaffneten Konflikten führen, nicht einmal in einer von weitaus schlimmeren Wassereingipfen gekennzeichneten Zukunft. Vielleicht werden die betroffenen Staaten sich darauf verständigen, die verbleibenden Ressourcen, wie knapp sie auch sein mögen, miteinander zu teilen und nach alternativen Überlebensmöglichkeiten zu suchen. Dennoch wird die Versuchung, Gewalt einzusetzen, in dem Maße wachsen, in dem die Wasserreserven schwinden und Millionen Menschen Durst leiden, ja zu verhungern drohen. Unter solchen Umständen steht das Überleben eines Staates selbst auf dem Spiel, was zu Verzweiflungsakten verleiten kann.

4 Sudha Ramachandran, Water Wars: China, India and the Great Dam Rush, in: „The Diplomat“, 3.4.2015.

Die Erderwärmung vermindern

Man kann zweifellos vieles tun, um die Gefahr von Wasserkriegen zu vermindern, darunter der Übergang zu kooperativen Verfahren des Wassermanagements sowie ein flächendeckender Einsatz der Tropfbewässerung und ähnlich wassersparender Methoden. Am besten lassen sich klimabedingte Streitigkeiten der Zukunft allerdings vermeiden, indem man das Tempo der Erderwärmung vermindert. Jeder Bruchteil eines Temperaturgrades weniger, der in Paris und danach erreicht wird, bedeutet deutlich weniger Blutvergießen in künftigen klimabedingten Ressourcenkriegen.

Aus ebendiesem Grund sollte der Pariser Klimagipfel als eine Art vorbeugende Friedenskonferenz betrachtet werden – als eine, die stattfindet, bevor der Krieg wirklich ausbricht. Wenn es den COP21-Delegierten gelingt, uns auf einen Weg zu bringen, der zur Begrenzung der Erderwärmung auf 2 Grad Celsius führt, wird das Risiko künftiger Gewaltausbrüche entsprechend sinken. Doch natürlich werden selbst 2 Grad Temperaturanstieg vitale Natursysteme erheblich schädigen und wichtige Ressourcen möglicherweise deutlich verknappen, verbunden mit entsprechenden gesellschaftlichen Konflikten. Niedrigere Obergrenzen der Erderwärmung wären also vorzuziehen und sollten von künftigen Konferenzen angestrebt werden. Dennoch wäre angesichts des Umfangs, den der CO₂-Ausstoß in die Erdatmosphäre angenommen hat, selbst die Deckelung auf 2 Grad eine beachtliche Leistung.

Um ein solches Ergebnis erzielen zu können, werden die Delegierten sich zweifellos auch den Konflikten unserer Tage, darunter denen in Syrien, im Irak, im Jemen und in der Ukraine, zuwenden müssen, wenn sie gemeinsame, für alle verbindliche Maßnahmen vereinbaren wollen. Auch in diesem Sinne wird der Pariser Gipfel eine Friedenskonferenz sein. Hier werden die Staaten dieser Welt erstmals das nationalstaatliche Denken überwinden und sich einem höheren Ziel zuwenden müssen: der Sicherung der Ökosphäre und aller Menschen, die in ihr leben, ganz ungeachtet ihrer nationalen, ethnischen, religiösen, rassischen oder sprachlichen Identität. Dergleichen ist nie zuvor versucht worden. Das heißt, es geht um nicht mehr und nicht weniger, als sich in der hohen Kunst des Friedensschließens zu üben – und dieses eine und erste Mal, *bevor* der Krieg tatsächlich ausbricht.

Aus dem Englischen von Karl D. Bredthauer – © Agence Global